



MORNING NEWS 20. Mai 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.400,65	92,73	0,38	24.307,92	DJ 30	49.363,88	-322,24	-0,65	49.686,12
MDAX	31.331,71	-108,38	-0,34	31.440,09	NASDAQ	28.818,84	-175,53	-0,61	28.994,37
TEC DAX	3.935,29	106,35	2,78	3.828,94	Nikkei 225	59.551,88	-998,71	-1,65	60.550,59
Euro Stoxx50	5.851,16	2,16	0,04	5.849,00	Hang Seng	25.655,44	-142,41	-0,55	25.797,85
Bund Future	124,01	0,05	0,04	123,96	Euro / US-\$	1,1598	-0,00	-0,06	1,1605
Gold in US-\$	4.461,83	-20,78	-0,46	4.482,61	Öl (Brent) US-\$	110,71	-0,57	-0,51	111,28
Bitcoin / US-\$	76.693,77	-269,63	-0,35	76.963,40	Ethereum / US-\$	2.111,00	-5,92	-0,28	2.116,92

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.234	-166
NASDAQ Future	28.890,00	-34,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	154,16	-2,56	-0,02	156,72	178,80	5.876.684,00
Nokia OJ	11,79	0,16	0,01	11,63	13,67	82.613.343,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Marks & Spencer (08:00 Gj)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PPI (m/m)	April	08:00	2,0% (2,5%)
D	PPI (y/y)	April	08:00	1,5% (-0,2%)
EWU	VPI (m/m), final	April	11:00	1,0% (1,0%)
EWU	VPI (y/y), final	April	11:00	3,0% (3,0%)
EWU	VPI Kern (y/y), final	April	11:00	2,2% (2,2%)
USA	ÉIA Ölbericht	Vorwoche	16:30	n/a
USA	FOMC Sitzungsprotokolle	vom 29.05.	20:00	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,40 (1,40)	10-jährige Bonds	-0,312	4,66%
Volumen NASDAQ	9,86 (10,31)	30-jährige Bonds	-0,469	5,17%

()=Vortag

Sorgen vor einer hartnäckigen Inflation und die **anhaltenden Spannungen im Nahen Osten** haben der Wall Street am Dienstag Verluste eingebracht. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor 0,6 Prozent auf 49.364 Punkte. Der technologielastrige Nasdaq gab 0,8 Prozent auf 25.871 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,7 Prozent auf 7.354 Stellen ein. Für den S&P 500 und die Nasdaq war es der dritte Verlusttag in Folge, nachdem Anleger im Anschluss an eine Ende März begonnene Rally weiter Gewinne mitnehmen.

Auslöser für die jüngste Zurückhaltung war der Anstieg der **Rendite der zehnjährigen US-Staatsanleihen** auf bis zu 4,687 Prozent - den höchsten Stand seit Januar 2025. Händler fürchten, dass die **US-Notenbank** die **Zinsen** weiter anheben könnte, falls die Teuerung hoch bleibt. Die Wahrscheinlichkeit für eine Zinserhöhung um 50 Basispunkte im Dezember stieg laut dem FedWatch-Tool der CME Group auf 15,7 Prozent, verglichen mit 4,7 Prozent in der Vorwoche.

"Die Zinsen stehen offensichtlich im Mittelpunkt", sagte Garrett Melson, Portfoliostratege bei Natixis Investment Managers Solutions. "Es geht nicht wirklich um die Höhe der Zinsen, sondern um die Geschwindigkeit der Veränderung." Die Märkte könnten einen langsamen Anstieg verkraften, abrupte Sprünge führten jedoch zu Turbulenzen.

Anleger warten nun auf die am Mittwoch anstehenden Protokolle der jüngsten Fed-Sitzung, um Hinweise auf den künftigen geldpolitischen Kurs zu erhalten. Zudem behielten sie den Konflikt zwischen den USA und dem Iran im Blick, der die weitgehende Schließung der wichtigen Ölroute durch die Straße von Hormus zur Folge hatte. Zwar sank der Ölpreis am Dienstag leicht, notierte aber weiter über 110 Dollar pro Barrel. Vor Beginn des Krieges Ende Februar hatte er bei rund 73 Dollar gelegen.

US-Präsident Donald Trump hatte am Montag überraschend erklärt, für Dienstag einen weiteren Militärschlag gegen den **Iran** geplant zu haben, diesen aber letztlich nicht durchgeführt zu haben. Zur Begründung für die Absage hatte er auf einen neuen Vorschlag des Iran verwiesen. Am Dienstag erklärte Trump jedoch, die USA müssten möglicherweise erneut angreifen. US-Vizepräsident JD Vance sagte, beide Seiten hätten in Gesprächen große Fortschritte gemacht und wollten eine erneute militärische Auseinandersetzung vermeiden. Solange es keine substantielle Waffenruhe gebe, blieben die Ölpreise und Anleiherenditen hoch und die Nervosität am Markt steige, sagte Michael James, Aktienhändler bei Rosenblatt Securities.

Bei den Einzelwerten richtete sich die Aufmerksamkeit bereits auf **Nvidia**. Der führende Anbieter von Chips für Künstliche Intelligenz (KI) wird am Mittwoch nach Börsenschluss seine Quartalszahlen vorlegen. Investoren erhoffen sich davon Aufschluss darüber, ob die Nachfrage nach KI-Technologie stark genug ist, um die hohen Bewertungen im Halbleitersektor zu rechtfertigen. Am Dienstag verloren Nvidia-Papiere knapp ein Prozent.

Aktien von **Akamai Technologies** gaben nach, nachdem der Cloud-Anbieter die Ausgabe einer Wandelanleihe im Volumen von 2,6 Milliarden Dollar angekündigt hatte. Gefragt waren hingegen defensive Werte aus dem Gesundheitssektor.

Marktmeldungen

Die **Europäische Union** (EU) hat am Mittwoch eine **vorläufige Einigung** über ein Gesetz zur Abschaffung von **Einfuhrzöllen** auf **US-Waren** erzielt. Damit wurde ein wichtiger Teil des im vergangenen Juli mit Washington geschlossenen **Handelsabkommens** umgesetzt, was höhere US-Zölle auf EU-Produkte abwenden dürfte. "Wir haben eine Einigung", erklärte die EU-Parlamentarierin und EVP-Chefunterhändlerin für das US-Abkommen, Željana Zovko, auf der Plattform X. "Ich bin stolz darauf, verkünden zu können, dass Europa eine schädliche Eskalation der transatlantischen Handelsspannungen vermieden und europäische Unternehmen, Investitionen und Millionen von Arbeitsplätzen auf beiden Seiten des Atlantiks geschützt hat", fügte sie hinzu. Die Europäische Volkspartei (EVP) teilte mit, das Abkommen biete voraussichtlich einen stabileren Rahmen für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Zugleich lasse es Raum für weitere Diskussionen über ungelöste Fragen, insbesondere im Stahl- und Aluminiumsektor (Reuters).

In der **Europäischen Union** laufen laut einem Bericht der "*Financial Times*" auf Regierungsebene Gespräche, ob die frühere Bundeskanzlerin **Angela Merkel** oder der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), **Mario Draghi**, die Staatengemeinschaft in **möglichen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten** Wladimir Putin vertreten könnten. Die Zeitung beruft sich auf Insider. Demnach wollen die EU-Außenminister in der kommenden Woche bei einem Treffen auf Zypern besprechen, wer sich für solche Gespräche empfehlen würde.



Das **US-Justizministerium** hat der **Bundessteuerbehörde IRS** dauerhaft untersagt, frühere **Steuererklärungen von Präsident Donald Trump**, seinen **Verwandten** und seinen **Unternehmen** zu prüfen. Dies geht aus einem am Dienstag veröffentlichten Dokument hervor, das vom amtierenden Justizminister Todd Blanche unterzeichnet wurde. Demnach darf die Regierung weder Steuererklärungen kontrollieren, die vor Montag eingereicht wurden, noch Angelegenheiten untersuchen, "die aufgeworfen wurden oder hätten aufgeworfen werden können" (Reuters).

Die **US-Börsenaufsicht SEC** will die **Regeln für Börsengänge** und die **Berichtspflichten** von Unternehmen drastisch lockern. Damit treibt die Behörde das Ziel der Regierung von Präsident Donald Trump voran, den Aktienmarkt für Firmen attraktiver zu machen. Die am Dienstag vorgestellten Pläne sehen vor, dass deutlich mehr Unternehmen schneller und kostengünstiger Aktien ausgeben können. Zudem sollen sie in vielen Fällen von gelockerten Offenlegungspflichten profitieren. Die Änderungen würden Anreize für Unternehmen schaffen, "an die Börse zu gehen und dort zu bleiben", erklärte SEC-Chef Paul Atkins. Der Anlegerschutz werde dadurch nicht beeinträchtigt. Während Branchenverbände die Pläne begrüßten, warnten Verbraucherschützer vor einer höheren Gefahr von unternehmerischem Fehlverhalten (Reuters).

Eine **geplante Verlegung von 4000 US-Soldaten** nach **Polen** verzögert sich nach Angaben von **US-Vizepräsident JD Vance**. Es handele sich dabei jedoch nicht um einen Truppenabbau in Europa, sagt Vance vor Journalisten im Weißen Haus. Die USA wollten lediglich Ressourcen so umschichten, dass die Sicherheit der USA maximiert werde. "Ich glaube nicht, dass das für Europa schlecht ist", sagt er. Zugleich fordert Vance die **Europäer** auf, mehr Verantwortung für die gemeinsame Verteidigung zu übernehmen. Berichte über die geänderten Pläne sind bei US-Abgeordneten auf scharfe Kritik gestoßen. Sie fürchten, dass Präsident Donald Trump Verbündete im Stich lassen könnte.

Die **USA** werden der **Nato** zufolge in den kommenden Jahren weitere Truppen aus Europa abziehen. Den Alliierten werde dabei jedoch ausreichend Zeit eingeräumt, die wegfallenden **US-Streitkräfte** durch eigene Einheiten zu ersetzen, sagte am Dienstag der oberste Nato-Kommandeur, US-General Alexis Grynkewich, nach einem Treffen mit führenden Militärs in Brüssel. "Da der europäische Pfeiler des Bündnisses stärker wird, ermöglicht dies den USA, ihre Präsenz in Europa zu reduzieren und sich darauf zu beschränken, nur jene entscheidenden Fähigkeiten bereitzustellen, die die Verbündeten bislang noch nicht selbst bereitstellen können." Einen Zeitplan könne er nicht nennen, sagte Grynkewich. Es werde sich um einen "fortlaufenden Prozess über mehrere Jahre hinweg" handeln (Reuters).

Ein **Rückgang der Zustimmung unter Republikanern** hat **US-Präsident Donald Trump** die nahezu schlechtesten **Umfragewerte** seiner zweiten Amtszeit beschert. Einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage der Nachrichtenagentur *Reuters* und des Instituts *Ipsos* zufolge sind 35 Prozent der Befragten mit der Arbeit des Republikaners zufrieden. Dies ist ein Rückgang um einen Prozentpunkt zur vorherigen Umfrage und liegt einen Punkt über dem bisherigen Tiefstwert von 34 Prozent, der im April gemessen wurde. Trump trat das Amt im Januar 2025 mit einer Zustimmung von 47 Prozent an.

US-Präsident Donald Trump stellt ein rasches Ende des Krieges mit dem **Iran** in Aussicht. Die USA würden den Krieg "sehr schnell beenden", sagt er vor Abgeordneten im Weißen Haus. Zudem betont er, dass der Iran keine Atomwaffen haben werde (Reuters).

Der **US-Senat** bringt eine Resolution auf den Weg, derzufolge **US-Präsident Donald Trump** für **militärische Einsätze** die **Zustimmung des Kongresses** einholen muss. Ohne eine solche Genehmigung müsste der Krieg mit dem Iran beendet werden. Der Schritt gilt als seltene Zurechtweisung des Präsidenten. Allerdings muss die Resolution noch mehrere Hürden überwinden, bevor sie in Kraft treten kann (Reuters).

US-Vizepräsident JD Vance sagt, der **Kern der Verhandlungen** mit dem **Iran** bestehe für die USA darin, dass der Iran niemals eine **Atomwaffe** besitzen dürfe. Wenn das geschehe, würden die Länder am Golf ihre eigene Waffe wollen, und dann würden auch andere Länder auf der ganzen Welt diese haben wollen. "Wir wollen die Zahl der Länder, die über Atomwaffen verfügen, gering halten, und deshalb darf der Iran keine Atomwaffe besitzen", sagt Vance vor Reportern. Die USA würden deshalb wollen, dass der Iran mit den USA an einem Prozess zusammenarbeite, der sicherstelle, dass die islamische Republik ihre Atomwaffenkapazitäten in den kommenden Jahren nicht wieder aufbaue. "Das ist es, was wir in

den Verhandlungen erreichen wollen", sagte Vance. Beide Länder hätten bei ihren Gesprächen große Fortschritte erzielt und keine Seite wolle eine Wiederaufnahme der militärischen Operationen, fügt Vance hinzu. "Wir glauben, dass wir große Fortschritte gemacht haben. Wir glauben, dass die Iraner eine Einigung erzielen wollen." (Reuters).

Der **russische UN-Botschafter** Wassili Nebensja wirft der **Ukraine** vor, **militärische Drohnen** von **Lettland** und **anderen baltischen Staaten** aus starten zu wollen. Eine Nato-Mitgliedschaft werde diese Länder nicht vor Vergeltung schützen, warnt er vor dem UN-Sicherheitsrat. Kiew habe bereits Drohneneinheiten nach Lettland entsandt. Die lettische UN-Gesandte Sanita Pavluta-Deslandes weist die Äußerungen umgehend als frei erfunden zurück. Die stellvertretende US-Botschafterin Tammy Bruce erklärt, die UN seien kein Forum für Drohungen gegen ein Ratsmitglied. Die USA würden all ihren Nato-Verpflichtungen nachkommen (Reuters).

Die **russische Öltraffinerie Rjasan** hat zwei Insidern zufolge nach einem **ukrainischen Drohnenangriff** am Freitag den Betrieb eingestellt. Der Betreiber Rosneft äußert sich zunächst nicht. Die Anlage steht für fast fünf Prozent der gesamten russischen Raffineriekapazität. Bei der Attacke auf die Stadt südöstlich von Moskau wurden nach Angaben der örtlichen Behörden vier Menschen getötet. Zudem seien Wohngebäude und ein Industriebetrieb getroffen worden (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat nach eigenen Angaben **Pläne für Angriffe im Juni** im **Abwehrkampf der Ukraine** gegen die russische Invasion genehmigt. Dieser Monat habe eine Veränderung der Dynamik zugunsten der Ukraine gebracht, sagte er in einer abendlichen Videoansprache. Oberbefehlshaber Olexander Syrskij und Generalstabschef Andrij Hnatow hatten ihm demnach Bericht erstattet. Die Ukraine halte ihre Stellungen besser und unternehme mehr Angriffe, sagte Selenskyj. Als besonders bedeutend beschrieb er Gegenangriffe Kiews mit Drohnen im russischen Hinterland. Sie hätten im Mai ihre Wirksamkeit gezeigt und müssten nun kreativ weiterentwickelt werden, sagte Selenskyj (dpa/AFX).

Der Gouverneur der südrussischen Region **Stawropol** meldet auf Telegram einen **ukrainischen Drohnenangriff**, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. In dem Gebiet um die Stadt Newinomyssk befindet sich eine große Chemiefabrik, die bereits zuvor Ziel von Drohnenangriffen aus der Ukraine war. Örtliche ukrainische Behörden berichten, bei russischen Angriffen auf die Stadt Dnipro und die Region Sumy seien elf Menschen verletzt worden (Reuters).

Industrie

Der deutsch-französische Panzerbauer **KNDS** trennt sich von gut einem Drittel seines Aktienpakets des Getriebeherstellers **Renk**. KNDS platziert über Nacht 5,8 Millionen Aktien des Augsburger Unternehmens, bei dem der Rüstungskonzern zum Börsengang als Ankeraktionär eingestiegen war. Das entspricht einem Anteil von 5,8 Prozent; zehn Prozent will KNDS offenbar behalten. Renk ist einer der wichtigsten Getriebelieferanten für KNDS-Panzer wie den "Leopard 2". Die Renk-Aktien würden institutionellen Investoren voraussichtlich zu einem Preis von 45,10 Euro angeboten, teilten die begleitenden Banken am Dienstagabend mit. Das spricht für eine gute Nachfrage: Der Preis liegt 15 Cent höher als die Banken zunächst avisiert hatten. Er entspricht nur einem relativ geringen Abschlag von 2,5 Prozent auf den Xetra-Schlusskurs vom Dienstag (Reuters).

Heidelberg Materials beteiligt sich mit zehn Prozent an **AmeriTex Pipe & Products**, einem US-Hersteller von Stahlbetonrohren, Kastendurchlässen und Betonfertigteilen. Die Transaktion umfasse langfristige Lieferverträge. Über die finanziellen Bedingungen der Transaktion hätten die Parteien Stillschweigen vereinbart (Reuters).

Siemens-Chef Roland Busch im "*Handelsblatt*": "**Natürlich ist unser Anspruch, prozentual zweistellig zu wachsen**". Derzeit helfe die **Weltkonjunktur** zwar wenig. Doch habe der Konzern das Potenzial, nicht nur in einzelnen Jahren, sondern über einen ganzen Geschäftszyklus hinweg prozentual zweistellig zu wachsen.

Öl & Gas

Zwei **chinesische Supertanker** mit vier Millionen Barrel **Rohöl** an Bord verlassen die **Straße von Hormus**. Die Schiffe haben zuvor mehr als zwei Monate im Golf festgesessen, wie aus Schifffahrtsdaten von LSEG und Kpler hervorgeht. Die



Tanker der Konzerne Sinopec und Sinochem haben das irakische und katarische Öl den Daten zufolge Ende Februar und Anfang März geladen, kurz vor Beginn des Krieges der USA und Israels gegen den Iran. Sie sind nun auf dem Weg nach China. Stellungnahmen der Unternehmen lagen zunächst nicht vor (Reuters).

Technologie

Im **Tarifstreit** bei **Samsung Electronic** sind die Schlichtungsgespräche gescheitert. Damit rückt ein großangelegter Streik bei dem südkoreanischen Technologiekonzern näher. Der staatliche Schlichter Park Su-keun äußerte am Mittwoch sein Bedauern über den Ausgang der Verhandlungen. Die beiden Parteien hätten ihre Differenzen bei zwei oder drei Themen nicht überwinden können, sagte er vor Journalisten, ohne weitere Details zu nennen. Die Regierung sei jedoch offen für eine Wiederaufnahme des Schlichtungsverfahrens, sollten Samsung und die Gewerkschaft dies beantragen (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

